

EXKLUSIV: Verbraucherschutzorganisation warnt Bundesbehörden vor mutmaßlichem Betrug durch Klimaaktivisten

geschrieben von Chris Frey | 23. Oktober 2025



[Audrey Streb](#). DCNF Energy Reporter

Die Verbraucherschutzorganisation Consumers' Research hat am Donnerstag einen Brief an mehrere Mitglieder der Trump-Regierung geschickt mit der Aufforderung an die Behörden, jegliche Verbindung mit dem Unternehmen First Street wegen dessen angeblich ungenauer Klimarisiko-Modellierung aufzugeben.

In dem [Schreiben](#) weist der Geschäftsführer von Consumers' Research Will Hild darauf hin, dass aktuelle [Berichte](#) Zweifel von Hausbesitzern und Brancheninsidern hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Hochwasserrisikobewertungen von First Street aufzeigen, und fordert „eine Behörden-übergreifende Überprüfung der Art und Weise, wie die Zusammenarbeit auf Bundesebene in den Pressemitteilungen von First Street dargestellt wird“. Consumers' Research richtete den Brief an den Leiter der Umweltschutzbehörde Lee Zeldin, den Vorsitzenden der US-Notenbank Jerome Powell, Verkehrsminister Sean Duffy und den amtierenden Direktor der Verbraucherschutzbehörde Russ Vought sowie an mehrere andere Behördenleiter.

„First Street versucht, den Verbrauchern eine radikale Klimapolitik aufzuzwingen, indem es den Eindruck erweckt, dass Bundesbehörden seine politisch motivierten Klimarisikomodelle unterstützen. Diese Praxis ist bewusst irreführend, da die Klimamodelle von First Street die Rolle der [Federal Emergency Management Agency] FEMA als rechtlicher und regulatorischer Standard für die Bewertung von Klimarisiken untergraben und die Immobilienwerte der Verbraucher willkürlich verzerren“, erklärte Hild gegenüber der Daily Caller News Foundation. „Aus diesem Grund fordern wir diese Bundesbehörden dringend auf klarzustellen, dass sie First Street nicht unterstützen, und verlangen, dass das Logo der Behörde aus allen öffentlichen Materialien entfernt wird. Consumers' Research steht hinter Hausbesitzern und Käufern, die genaue, transparente und vom Bund validierte Informationen verdienen und keine von Klimaaktivisten vorangetriebenen Kennzahlen.“

Hild weist in dem Schreiben darauf hin, dass einige [Ankündigungen](#) und [Materialien](#) von Bundesbehörden auf die Risikobewertungsdaten von First

Street Bezug nehmen, und argumentiert, dass dies aufgrund jüngster Berichte und Beschwerden, wonach die Daten des Unternehmens die Hochwasserrisiken möglicherweise nicht genau darstellen, Anlass zur Sorge gibt. Große Immobilienplattformen wie [Zillow](#), [Redfin](#) und [Realtor.com](#) haben die Hochwasserdaten von First Street in ihre Angebote einbezogen, heißt es in dem Schreiben.

„Jüngste Berichte und öffentliche Beschwerden deuten darauf hin, dass die Immobilienbewertungen von First Street erheblich fehlerhaft und schwer zu korrigieren sein können“, heißt es in dem Schreiben. „Die Namen und Logos Ihrer Behörden werden von First Street – durch formelle Vereinbarungen, Datenintegrationen oder Forschungsnutzung – als Beweis für die Übereinstimmung der Immobilienbewertungen mit den Klimarisikobewertungen der US-Bundesregierung angeführt. ... Ich schreibe Ihnen, um Ihre Behörden dringend zu bitten, (1) alle Partnerschaftsvereinbarungen und impliziten Empfehlungen, die First Street Foundation und ihrer verbundenen gemeinnützigen Gesellschaft First Street Technology die Unterstützung der Bundesregierung verleihen, öffentlich zu widerrufen oder auszusetzen und (2) klar zu erklären, dass die Ergebnisse von First Street/Risk Factor nicht anstelle der Hochwasserkarten der FEMA für Regulierungs-, Versicherungs-, Kredit-, Offenlegungs- oder Listungszwecke verwendet werden dürfen.“

First Street gibt auf seiner [Website](#) an, dass sich das Hochwasserrisiko der FEMA von seinen Schätzungen unterscheidet, da sie „das Hochwasserrisiko auf der Ebene der Immobilien berechnet, sich ändernde Klimabedingungen berücksichtigt und das Risiko von Überschwemmungen aufgrund von Starkregenfällen berücksichtigt“, während die FEMA „das Hochwasserrisiko auf Gemeindeebene ermittelt und ihre Risikoprognosen das Risiko eines einzelnen Ereignisses mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 oder 1 zu 500 aufgrund von Sturmfluten und überlaufenden Flüssen und Bächen erfassen“.

Auf der [Website](#) von First Street heißt es: „Wir sind dazu da, um für Finanzinstitute, Unternehmen und Regierungen den Zusammenhang zwischen Klima- und Finanzrisiken in großem Maßstab herzustellen.“

Mehrere lokale Hausbesitzer [erklärten](#) gegenüber dem in North Carolina ansässigen Fernsehsender [ABC News 13](#), dass sie ihrer Meinung nach Schwierigkeiten hätten, ihre Häuser zu verkaufen, weil sie aufgrund der Daten von First Street eine erhöhte Hochwasserwarnung erhalten hätten. Die Hausbesitzer argumentierten, dass die Daten keinen Sinn ergäben, da ihre direkten Nachbarn trotz fehlender plausibler Erklärung ganz andere Hochwasserwarnungen erhalten hätten.

Eine in Tennessee ansässige Immobilienmaklerin erklärte gegenüber dem DCNF, dass sie glaubt, dass sie und andere in der Branche aufgrund der Anzeige der First Street-Hochwasserdaten auf Immobilienplattformen Umsatzeinbußen erlitten haben.

„Das Interesse der Käufer ist zurückgegangen. Bevor wir begriffen, was vor sich ging, hatten wir bereits Besichtigungstermine abgesagt“, erklärte Stephanie Cross gegenüber dem DCNF. „Das ist für den Verkäufer verheerend. Diese Fehlinformationen zu verbreiten, ist verheerend – und gleichzeitig führt es im Grunde genommen zu einer Wertminderung der Immobilie.“

Ein Sprecher von Realtor.com verwies das DCNF auf die [Website](#) mit Informationen zum Hochwasserrisiko und wies darauf hin, dass jede Anzeige sowohl Daten der FEMA als auch Daten von First Street enthält.

„Ein Haus ist oft das wertvollste Gut einer Familie. Deshalb hält es Realtor.com für unerlässlich, Hausbesitzern, Verkäufern, Käufern und Mietern dabei zu helfen, potenzielle Risiken einer Immobilie zu verstehen, damit sie fundierte Entscheidungen treffen können“, erklärte der Sprecher gegenüber dem DCNF. „Wir sind der Meinung, dass die Angabe beider Bewertungen in der Immobilienanzeige ein klareres Bild der potenziellen Risiken vermittelt. Wenn die Hochwasserbewertungen eines Hauses besonders niedrig oder hoch erscheinen oder widersprüchlich sind, wird den Verbrauchern empfohlen, sich von einem Immobilienmakler oder einem lokalen Hochwasserbeauftragten beraten zu lassen.“

First Street, Zillow und Redfin reagierten nicht auf die Anfrage des DCNF nach einer Stellungnahme.

Link:

<https://dailycaller.com/2025/10/16/consumers-research-alerts-feds-alleged-climate-activist-scam/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Kurzbeiträge zu neuen Forschungs- Ergebnissen aus Klima und Energie – Ausgabe 38 / 2025

geschrieben von Chris Frey | 23. Oktober 2025

Meldung vom 14. Oktober 2025:

Neue Studie widerlegt Befürchtungen eines Kollaps' der AMOC

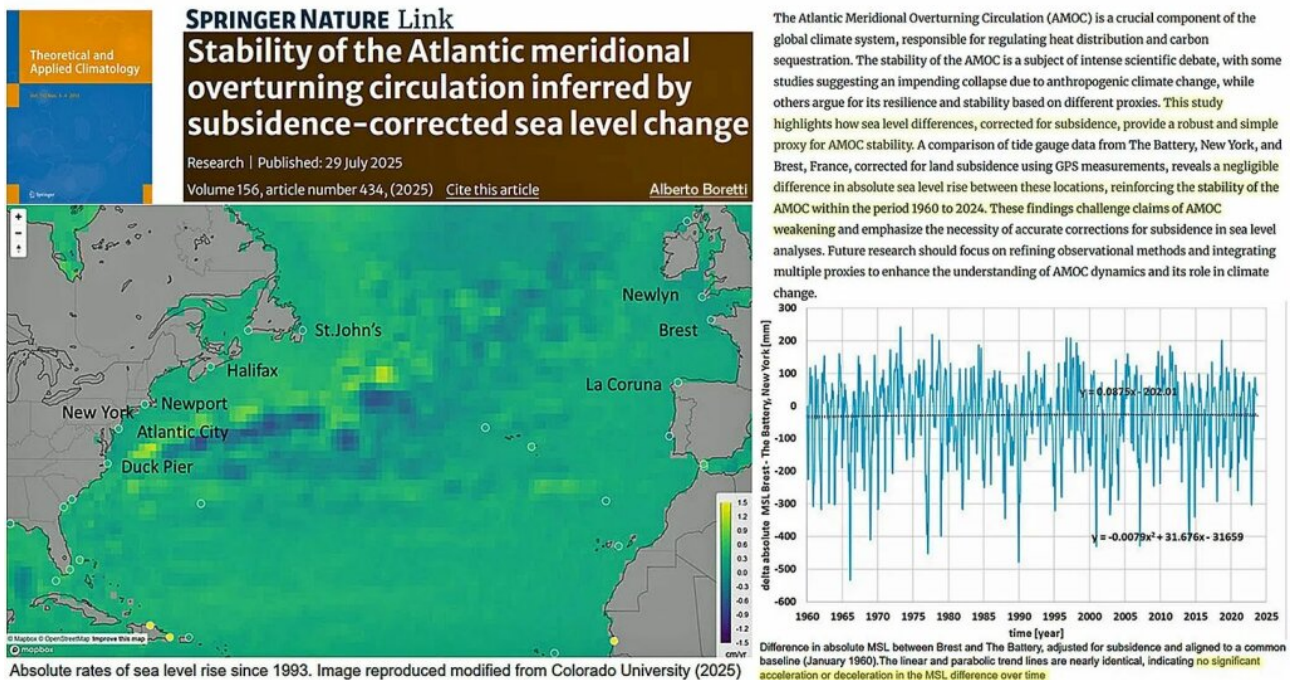
Eine neue, von Fachkollegen begutachtete [Studie](#) in *Theoretical and*

Applied Climatology hat gerade eine weitere bevorzugte Klima-Schreckensgeschichte torpediert: die Atlantische Meridionale Umwälzströmung (Atlantic Meridional Overturning Circulation; AMOC).

Durch die Betrachtung des einfachsten physikalischen Indikators, über den wir verfügen – den Unterschied im Meeresspiegel über den Atlantik hinweg – und dessen Korrektur um Landabsenkungen fanden die Forscher keinerlei Anzeichen für eine Abschwächung der AMOC.

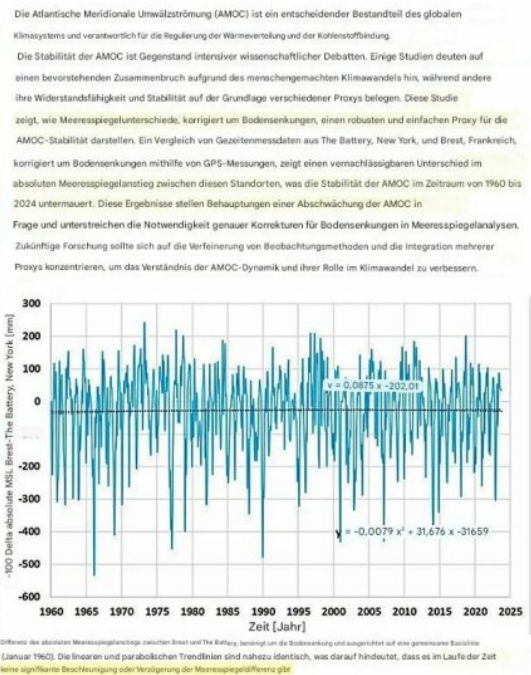
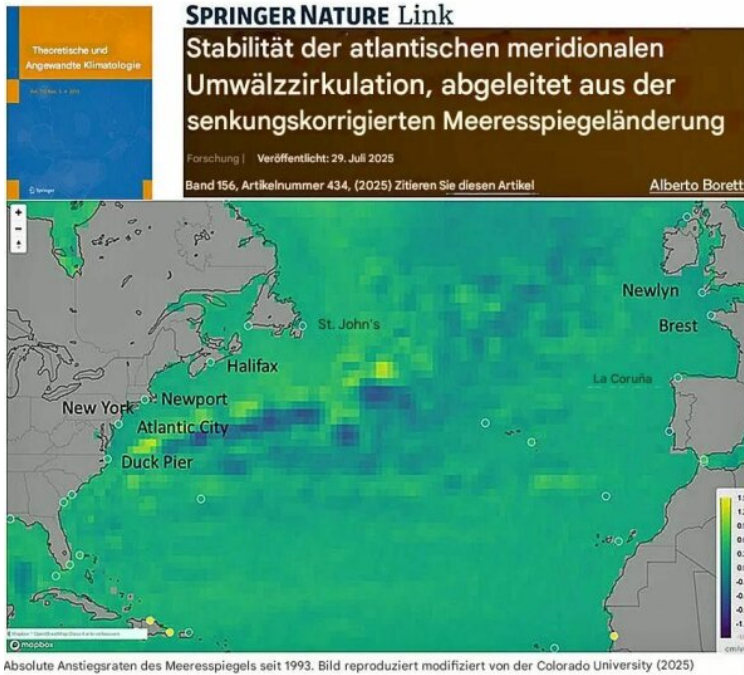
Die Daten, die von Pegelmessern in New York und Brest (Frankreich) stammen zeigen, dass der absolute Anstieg des Meeresspiegels auf beiden Seiten des Ozeans seit 1960 praktisch identisch ist, sobald man die lokale Landabsenkung herausrechnet. Keine Abweichung. Keine Beschleunigung. Kein Zusammenbruch.

Die „Kipppunkt“-Rhetorik verflüchtigt sich in dem Moment, in dem man schludrige Annahmen beiseite lässt.



[\[link.springer.com\]](https://link.springer.com)

Die gleiche Graphik mit deutscher Übersetzung [Google translate]:



Hätte sich die AMOC deutlich verlangsamt, hätte sich der Meeresspiegelgradient verändert (der Ost-West-Unterschied des Meeresspiegels wäre gestiegen). Die Tatsache, dass dies nicht geschehen ist, ist ein starker Beobachtungsbeweis gegen einen „Zusammenbruch“ oder eine erhebliche Abschwächung. Das ist keine Meinung – es ist die Schlussfolgerung der Studie selbst: „Diese Ergebnisse stellen Behauptungen über eine Abschwächung der AMOC infrage.“

Seit Jahren führen Aktivisten und Modellierer die AMOC als drohenden Klima-Dominostein an. Doch mehr als sechzig Jahre realer Messungen sprechen eine andere Sprache: Die Zirkulation ist während des gesamten sogenannten „Anthropozäns“ stabil geblieben.

Weiter!

Link:

https://electroverse.substack.com/p/china-to-226c-87f-as-early-arctic?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email

Meldung vom 17. Oktober 2025:

„Klimawandel“ ist tot

Es ist vorbei. Der „Klimawandel“, einst der Schlachtruf einer ganzen Generation, ist nun endgültig gescheitert.

Eine neue schwedische Studie zeigt, wie weit das einst dominierende Narrativ gefallen ist.

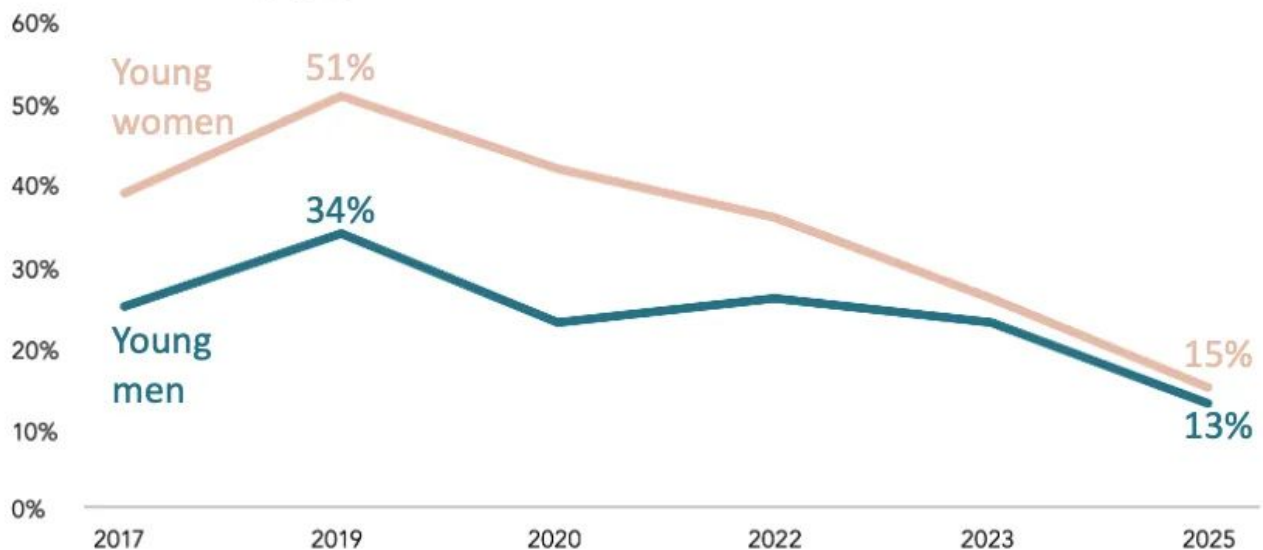
Im Jahr 2019 nannten etwa 51 % der jungen Frauen und 34 % der jungen

Männer (im Alter von 15 bis 29 Jahren) „Umwelt/Klima“ als eines ihrer fünf wichtigsten sozialen Themen. Heute ist diese Zahl auf nur noch 15 % bzw. 13 % gesunken:

Young Swedes: Climate no longer engaging

New Swedish study finds “the social issue that has lost the most engagement since 2019 is climate”

Share of young women and men (15–29 years) who chose “Environment/climate” as one of the five most engaging social issues 2017–2025:



<https://rasmussenanalys.se/wp-content/uploads/2025/10/Ungdomsfokus-2025.pdf>, conducted May 13–20 2025, x.com/bjornlomborg

Das Thema Klima ist von der Spitze der Liste der gesellschaftlichen Anliegen auf die untere Hälfte abgestürzt und rangiert nun hinter grundlegenden Themen wie Gesundheit, Bildung und Sicherheit. Das Thema, das eigentlich ihre Zukunft bestimmen sollte, spielt kaum noch eine Rolle.

Und das ist überall so – selbst in den „grünsten“ Ländern wie Großbritannien und Deutschland.

Aber warum dieser Einbruch? Kommentator Scott Adams nennt einige mögliche Gründe:

- Die von Milliardären finanzierte Hysterie hat ihren Zweck erfüllt – das Geld ist versiegt oder anderweitig investiert worden.
- Der explodierende Energiebedarf der KI hat die Heuchelei der „Netto-

Null"-Rhetorik offenbart.

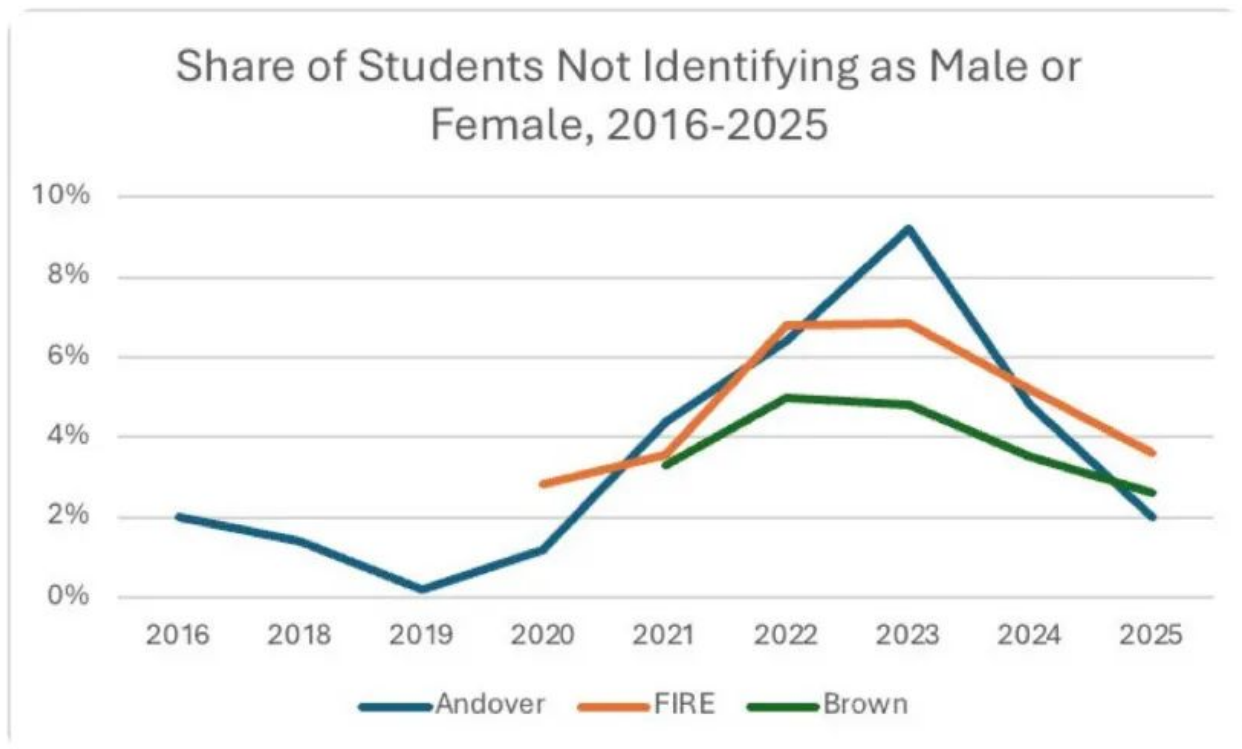
- Greta Thunberg wandte sich anderen Themen zu und nahm einen Großteil der Dynamik der Bewegung mit sich.
- Die wirtschaftliche Realität Europas entlarvte den Klimaalarmismus als „Luxusglauben“ – eine Sache für die Wohlhabenden, nicht für die Notleidenden.
- Oder vielleicht die einfachste Antwort: Die Daten haben die Untergangsstimmung von vornherein nie gestützt.

Was auch immer der Grund sein mag, der Klimakampf hat sein Publikum verloren. Die Generation, auf die er sich am meisten verlassen hat, um die Fackel weiterzutragen, hat sie stillschweigend niedergelegt.

Und die „Klimakrise“ ist nicht die einzige moderne Modeerscheinung, die sich dem Ende zuneigt – viele trendige Anliegen verlieren rapide an kulturellem Prestige:

1/ NEW: trans identification is in free fall among the young

(h/t [@FIRE](#) data in particular)



Ich denke, die Logik setzt sich durch...

Leider kann ich diesen Optimismus bzgl. Klima nicht ganz teilen, wenn ich die Verhältnisse hierzulande betrachte. Aber ich kenne „Hoffmann“ ... A. d. Übers.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/chinas-arctic-blast-begins-today?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email

Meldung vom 21. Oktober 2025:

USA: Prognostizierte Kältewelle lässt die Gaspreise steigen

Ein plötzlicher Kälteeinbruch in den USA hat den Gasmarkt aufgeschreckt und die Terminkontrakte am 20. Oktober um 8 % auf rund 3,25 USD pro

mmBtu steigen lassen.

Prognosen zeigen nun Tageshöchsttemperaturen von nur 4 bis 15 °C und nächtliche Tiefsttemperaturen von -1 bis 9 °C vom Mittleren Westen bis zum Nordosten bis Anfang November, was, wenn es so kommt, den Heizbedarf stark ankurbeln wird.

Die Produktion ist von 107,4 bcfd auf 106,6 bcfd zurückgegangen, was zu einer Verknappung des Angebots gerade zum Zeitpunkt eines Anstiegs des Verbrauchs führt. Die Lagerbestände liegen weiterhin 4 % über den saisonalen Normwerten, dürften aber schnell sinken, wenn die Kälte anhält. Außerdem liegen die LNG-Exporte mit 16,4 bcfd nahe ihrem Rekordhoch, da das kalte Wetter in Europa und Asien die US-Lieferungen auf die globalen Märkte zieht und die Preise stützt.

Die plötzliche Kälteprognose löste einen Ansturm auf den Wiederaufbau von Winterpositionen aus, was die Stimmung umkehrte und die Rallye befeuerte. Wenn die LNG-Ströme hoch bleiben und die Produktion unter 107 bcfd bleibt, sehen Analysten die Preise auf 4,00 \$ steigen, wenn die arktische Luft bis in den November hinein anhält.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/cold-deepens-in-south-korea-sao-paulo?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email

Zusammengestellt und übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Wie „Erneuerbare“ das Stromnetz in den Niederlanden in die Knie zwingen

geschrieben von Chris Frey | 23. Oktober 2025

Cap Allon

Die Niederlande sind eine der fortschrittlichsten Volkswirtschaften Europas, doch derzeit laufen dort staatliche Fernsehspots, in denen die Bürger gebeten werden, ihre Autos zwischen 16 und 21 Uhr nicht aufzuladen und keine Haushaltsgeräte zu betreiben, da das Stromnetz zusammenbrechen könnte.

Dies ist das unvermeidliche Ergebnis einer auf Ideologie basierenden Energiepolitik. Der niederländische Staat hat ein robustes, auf Gas basierendes System abgebaut und durch ein chaotisches Flickwerk aus Sonnenkollektoren und Windkraftanlagen ersetzt – und nun werden die Folgen davon geerntet.

Die wetterabhängige Stromerzeugung ist nicht nur unregelmäßig, sondern grundsätzlich mit der Physik des Stromnetzes unvereinbar. Im Gegensatz zu herkömmlichen Kraftwerken, die einen konstanten, regelbaren Strom und die für die Frequenzstabilisierung wichtige Rotationsenergie liefern, schwankt die Leistung von Solar- und Windkraftanlagen je nach Wetterlage stark. Sie liefern keine Rotationsenergie, keine gespeicherte kinetische Energie und keine zuverlässige Grundlast.

Das Stromnetz selbst wurde nie dafür ausgelegt: Es wurde um einige wenige große zentrale Kraftwerke herum aufgebaut und wird nun mit Strom aus Millionen kleiner, verstreuter Erzeugungsstellen überflutet. Die Verteilungsleitungen in Vororten und ländlichen Gebieten, die nie für große Lasten ausgelegt waren, sind überlastet, was zu einer so starken „Netzüberlastung“ führt, dass selbst grundlegende Modernisierungen mittlerweile unmöglich sind.

Rund 8.000 Unternehmen in den Niederlanden warten darauf, neue Stromerzeugungsprojekte an das Netz anzuschließen, während weitere 12.000 Unternehmen in der Schwebe sind und ihren Stromverbrauch nicht ausweiten können. Neue Häuser können nicht angeschlossen werden. Unternehmen können nicht wachsen. Selbst Haushalte, die Wärmepumpen oder Ladegeräte für Elektroautos installieren wollen, werden abgewiesen. Das niederländische System ist mittlerweile so anfällig, dass Netzbetreiber regelmäßig die Stromerzeugung drosseln, Windparks abschalten und Solaranlagen stilllegen, um Stromausfälle zu vermeiden. Verbraucher, die einer Reduzierung ihrer Stromversorgung während der Spitzenlastzeiten zustimmen, erhalten Rabatte, während diejenigen, die Solarstrom exportieren, möglicherweise bald dafür bezahlen müssen, ihn ins Netz einzuspeisen.

Die wirtschaftlichen Folgen sind bereits enorm. Die Überlastung des Netzes kostet die niederländische Wirtschaft schätzungsweise bis zu 35 Milliarden Euro pro Jahr. Die Behebung dieses Chaos' wird weitere Hunderte Milliarden kosten und Jahrzehnte dauern – wobei der größte Teil dieser Zeit durch Rechtsstreitigkeiten über Genehmigungen und Landrechte in Anspruch genommen werden wird.

Was in den Niederlanden geschieht, ist eine Warnung für alle Länder, die blindlings auf erneuerbare Energien setzen, also fast alle westlichen Länder, von Kanada über Europa bis hin nach Australien. Die Physik hat sich nicht geändert, sie wurde nur ignoriert: Solar- und Windenergie können keine zuverlässige Energie auf Abruf liefern oder ein Stromnetz stabilisieren. Ohne regelbare Erzeugung und ausreichende Trägheit macht jedes zusätzliche Panel und jede zusätzliche Turbine das System nur schwächer, volatiler und teurer.

Die „grüne Wende“ versprach eine Zukunft mit reichlich vorhandener, sauberer Energie. Stattdessen fordert eines der reichsten Länder der Welt die Menschen auf, ihren Stromverbrauch nach Feierabend zu begrenzen, und die Wartelisten für den Anschluss an das Stromnetz

reichen bis ins nächste Jahrzehnt.

Die Bürger wachen endlich auf – und die Wut wächst schnell.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/cold-deepens-in-south-korea-sao-paulo?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email

(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Al Jazeera unterstützt Klima-Schwindel – Die Inseln von Tuvalu wachsen anstatt zu verschwinden

geschrieben von Chris Frey | 23. Oktober 2025

[Anthony Watts](#)

In dem [Artikel](#) von Al Jazeera mit dem Titel [übersetzt] „Wir wollen nicht verschwinden‘: Tuvalu kämpft für Klimaschutz und Überleben“ behauptet die Reporterin Lyndal Rowlands, dass der pazifische Inselstaat Tuvalu kurz davor steht, unter dem steigenden Meeresspiegel zu verschwinden. Das ist Unsinn! Von Fachkollegen geprüfte Daten zeigen, dass die meisten Inseln Tuvalus wachsen und mit dem Anstieg des Meeresspiegels Schritt halten, wobei das Land insgesamt an Masse zunimmt und sich der Anstieg des Meeresspiegels nicht beschleunigt.

Der Artikel zitiert Tuvalus Ministerin für Klimawandel Maina Talia die dringend „Klimafinanzierung“ und Hilfe beim Bau von Deichen fordert, um die Inseln über Wasser zu halten. Der Artikel erklärt auch, dass Tuvalu „echte Verpflichtungen“ von anderen Nationen braucht, damit die Tuvaluaner „in Tuvalu bleiben“ können, während sich die „Klimakrise verschärft“. Er stellt das Land als hilfloses Opfer des steigenden Meeresspiegels dar und zitiert die Vereinten Nationen, den Internationalen Gerichtshof und NGOs für Klimafinanzierung, um diese Darstellung zu untermauern.

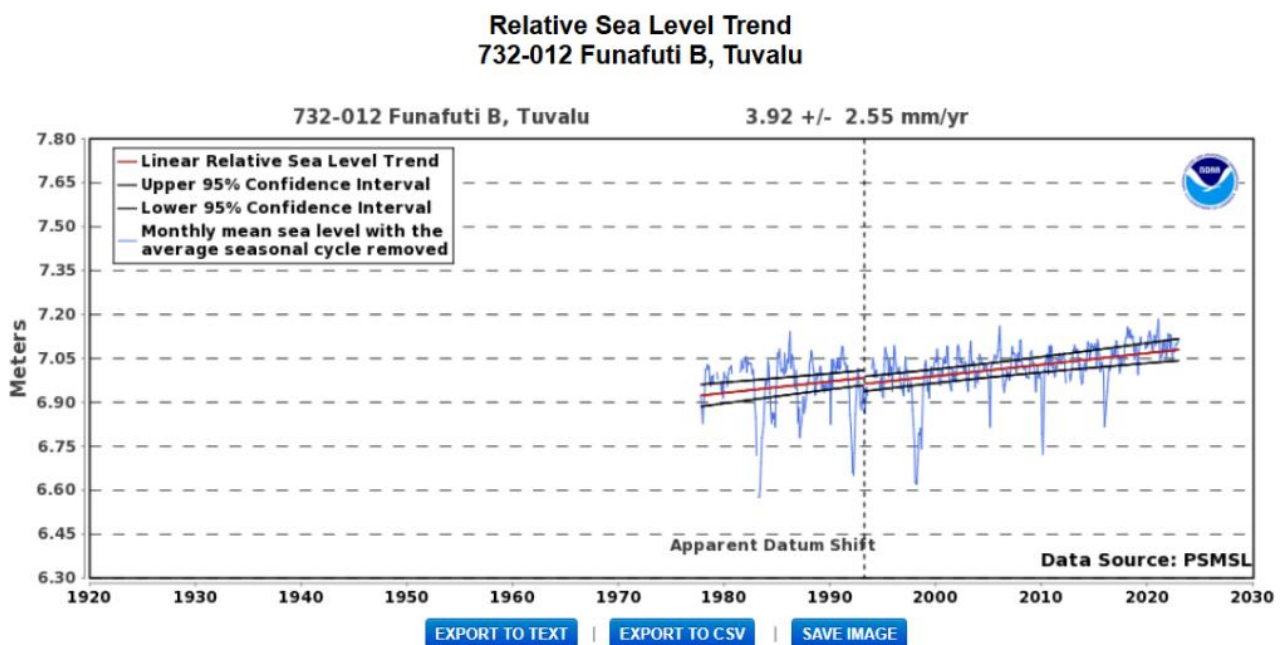
Diese Geschichte ist jedoch schlichtweg falsch. Mehrere von Fachkollegen begutachtete Studien zeigen, dass Tuvalu nicht versinkt, sondern wächst. Laut einer von Climate Realism hervorgehobenen Studie zeigen aktuelle Satelliten- und Luftbildanalysen, **dass die Gesamtlandfläche Tuvalus in den letzten vier Jahrzehnten um 2,9 Prozent zugenommen hat**, wobei 74

Prozent der Inseln an Größe gewonnen haben. Anstatt zu versinken, übersteigen die natürlichen Prozesse der Sedimentablagerung und Korallenwachstums in Tuvalu die lokale Geschwindigkeit des Meeresspiegelanstiegs.

[Hervorhebung im Original]

Selbst die New York Times – die für ihren Klima-Alarmismus bekannt ist – hat kürzlich anerkannt, dass viele Pazifikinseln wachsen und nicht verschwinden. Im Jahr 2024 [berichtete](#) die Times, dass „viele niedrig gelegene Koralleninseln nicht schrumpfen, sondern stabil bleiben oder an Landfläche zunehmen“. Dies steht im Einklang mit langfristigen Feldmessungen, die zeigen, dass Atollsysteme dynamisch, selbstreparierend und widerstandsfähig sind.

Die Behauptung, dass Tuvalu „kaum einen Meter über dem Meeresspiegel liegt“ und unmittelbar vor der Zerstörung steht, ist ein Thema, das seit mehr als 30 Jahren diskutiert wird. Doch wie [hier](#) auf WUWT dokumentiert, liegt Tuvalu nach wie vor weit über dem Wasserspiegel. Laut der [Website](#) „Tides and Currents“ der National Oceanic and Atmospheric Administration beträgt der durchschnittliche Anstieg des Meeresspiegels in der Nähe von Tuvalu seit den 1980er Jahren etwa 3 bis 4 Millimeter pro Jahr – was einer Veränderung von **1,29 Fuß [40 cm]** in 100 Jahren entspricht – und entspricht damit kaum der von Al Jazeera dargestellten apokalyptischen Flutwelle. Siehe die folgende Grafik:



The relative sea level trend is 3.92 millimeters/year with a 95% confidence interval of +/- 2.55 mm/yr based on monthly mean sea level data from 1977 to 2022 which is equivalent to a change of 1.29 feet in 100 years.

Darüber hinaus erklärt der Abschnitt „Everything Climate“ von WUWT, dass **globale Satellitendaten keine Anzeichen dafür liefern, dass sich der Anstieg des Meeresspiegels beschleunigt**, und dass die **Anstiegsrate** seit den 1950er Jahren weitgehend unverändert geblieben ist. Die Variabilität

der Küsten durch natürliche Prozesse wie El-Niño-Zyklen und Sedimenttransport erklärt einen Großteil dessen, was alarmistische Beobachter fälschlicherweise als „klimabedingten“ Verlust interpretieren.

[Hervorhebung im Original]

Wenn Tuvalu wirklich in existenzieller Gefahr wäre, würde es nicht massiv in neue Infrastruktur und touristische Einrichtungen investieren. Die Regierung hat Millionen für Flughafenverbesserungen, Resortanlagen und Glasfaser-Internetverbindungen ausgegeben – allesamt Maßnahmen zur Förderung des Tourismus'. Das sind nicht die Handlungen einer Nation, die sich darauf vorbereitet, unter den Wellen zu verschwinden. Es sind die Handlungen einer Regierung, die jede Gelegenheit nutzt, um Klimahilfe zu erhalten und gleichzeitig ihre Wirtschaft zu modernisieren.

Das bringt uns zum eigentlichen Thema: Geld. Die Staats- und Regierungschefs von Tuvalu setzen sich für immer höhere „Klimafinanzierungszusagen“ ein – was Minister Talia als „echte Verpflichtungen“ und „Verursacherprinzip“ bezeichnet. In dem Artikel beklagt er, dass das Land „dies jetzt braucht, damit wir auf die Klimakrise reagieren können“. Was Tuvalu jedoch wirklich anstrebt, ist nicht die Rettung vor dem Meer, sondern ein größeres Stück vom Kuchen der Klimafinanzierung. Wie WUWT [beobachtet](#) hat, haben diese kleinen Inselregierungen gelernt, dass sie durch die Darstellung als Opfer lukrative internationale Sympathie und Geld erhalten. Sie erkennen eine gute Gelegenheit zum Betrug, wenn sie diese erkennen.

Fakten sind nach wie vor wichtig. Die Landmasse Tuvalus ist stabil oder wächst sogar. Die Bevölkerung wird nicht evakuiert. Die politischen Führer geraten nicht in Panik – sie setzen sich für Geld ein, das für die weitere wirtschaftliche Entwicklung verwendet werden soll. Das Märchen von den „versinkenden Inseln“ wird durch begutachtete Beweise und jahrzehntelange Beobachtungen widerlegt, die zeigen, dass Tuvalu nicht verschwindet. Die Al-Jazeera-Reporterin Lyndal Rowlands hätte dies mit einer einfachen Google-Suche herausfinden können, aber stattdessen wiederholte sie diesen jahrzehntealten Mythos, ohne auch nur einmal auf die fundierte wissenschaftliche Literatur zu verweisen, die ihn widerlegt.

Was versinkt, ist ehrlicher, faktenbasierter Journalismus, aber nicht Tuvalu.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/10/15/al-jazeera-supports-climate-grift-tuvalus-islands-are-growing-not-disappearing/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

NEIN zu einer globalen UN-Klimasteuer!

geschrieben von Chris Frey | 23. Oktober 2025

Craig Rucker via E-Mail

Die UN wollen durch die Erhebung einer Kohlenstoffsteuer auf den Schiffsverkehr die Preise für alles erhöhen. Die USA versuchen, dies zu verhindern.

Die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) steht kurz vor der Abstimmung über ein neues „Netto-Null-Rahmenwerk“, das in Form einer Steuer von Reedereien an einen gigantischen UN-Klimafonds umgesetzt werden soll.

Für UN-Bürokraten würde damit ein lang gehegter Traum wahr werden.

Die UN sind für ihre Finanzierung auf Zuschüsse der Mitgliedstaaten angewiesen. Die Durchsetzung einer neuen Befugnis der UN, weltweit Steuern zu erheben, würde eine enorme Ausweitung der Autorität der UN bedeuten, ganz zu schweigen von vielen Milliarden, welche die UN nach dem Ermessen unserer zukünftigen globalen Herrscher ausgeben und umverteilen könnten.

Die Trump-Regierung erklärte in einer [Pressemitteilung](#), dass Amerika „diesen Vorschlag vor der IMO eindeutig ablehnt und keine Maßnahmen tolerieren wird, welche die Kosten für unsere Bürger, Energieversorger, Reedereien und deren Kunden oder Touristen erhöhen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahme könnten katastrophal sein, wobei einige Schätzungen einen Anstieg der globalen Versandkosten um 10 % oder mehr prognostizieren.“

Das WSJ nahm kein Blatt vor den Mund und [schrieb](#): „Dies ist ein weiteres Programm zur Umverteilung von Einkommen für irgendwelche Ideen, die die UN-Bürokratie für würdig erachtet. Wenn Sie glauben, dass Zuwendungen an undemokratische Länder für vage definierte „Klimaziele“ gewissenhaft im öffentlichen Interesse verwaltet werden, dann haben wir eine CO2-neutrale Barge für Sie zu verkaufen.“

Die USA haben mit wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen gegen Länder [gedroht](#), die sich dieser Geldbeschaffung der UN anschließen, um diese zu blockieren.

Es ist eine Freude, dass die US-Regierung endlich auf unserer Seite steht.

Was glauben Sie würde die UNO mit einem milliardenschweren Klima-Schmiergeldfonds anstellen?

Für die Natur und auch für die Menschen – die offizielle Erklärung der Trump-Regierung steht [hier](#) bei CFACT (Siehe im Folgenden)

Die Vereinten Nationen wollen Steuern von Ihnen erheben! Siehe [hier](#) im WSJ!

Die Presseerklärung im Wortlaut [übersetzt]

Maßnahmen zum Schutz Amerikas vor der ersten globalen Kohlenstoffsteuer der Vereinten Nationen – dem „Net-Zero Framework“ (NZF) der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO)

Presseerklärung des [US Department of State, Office of the Spokesperson](#)

Gemeinsame Erklärung von Außenminister Rubio, Energieminister Wright und Verkehrsminister Duffy

Präsident Trump hat deutlich gemacht, dass die Vereinigten Staaten kein internationales Umweltabkommen akzeptieren werden, das die Vereinigten Staaten unangemessen oder unfair belastet oder den Interessen des amerikanischen Volkes schadet. Nächste Woche werden die Mitglieder der IMO über die Verabschiedung eines sogenannten NZF abstimmen, das darauf abzielt, die globalen Kohlendioxidemissionen des internationalen Schifffahrtssektors zu reduzieren. Dies wäre das erste Mal, dass eine UN-Organisation eine globale Kohlenstoffsteuer auf die Welt erhebt.

Die Regierung lehnt diesen Vorschlag vor der IMO entschieden ab und wird keine Maßnahmen tolerieren, welche die Kosten für unsere Bürger, Energieversorger, Reedereien und deren Kunden oder Touristen erhöhen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahme könnten katastrophal sein, wobei einige Schätzungen einen Anstieg der globalen Versandkosten um 10 % oder mehr prognostizieren. Wir bitten Sie, sich uns anzuschließen und die Verabschiedung des NZF auf der Sitzung im Oktober abzulehnen, damit wir gemeinsam für unsere kollektive wirtschaftliche und energetische Sicherheit eintreten können.

Der Vorschlag der NZF birgt erhebliche Risiken für die Weltwirtschaft und unterwirft nicht nur die Amerikaner, sondern alle IMO-Mitgliedstaaten einem nicht genehmigten globalen Steuersystem, das strafende und regressive finanzielle Sanktionen vorsieht, die vermieden werden könnten. Die Vereinigten Staaten erwägen folgende Maßnahmen gegen Länder, die diese globale Kohlenstoffsteuer für amerikanische Verbraucher unterstützen:

- Durchführung von Untersuchungen und Erwägung möglicher Vorschriften zur Bekämpfung wettbewerbswidriger Praktiken bestimmter gemeldeter Länder und zur Verhinderung der Einfahrt von in diesen Ländern registrierten Schiffen in US-Häfen;
- Verhängung von Visabeschränkungen, einschließlich einer Erhöhung der Gebühren und Bearbeitungskosten, obligatorischer erneuter Befragungen und/oder einer Überarbeitung der Kontingente für C-1/D-Visa für Seeleute;
- Verhängung von Handelsstrafen im Zusammenhang mit Verträgen der US-Regierung, darunter neue Handelsschiffe, Flüssigerdgasterminals und -infrastruktur, und/oder andere finanzielle Strafen für Schiffe, die unter der Flagge von Ländern fahren, die die NZF unterstützen;
- Erhebung zusätzlicher Hafengebühren für Schiffe, die Ländern gehören, von diesen betrieben werden oder unter deren Flagge sie fahren, die das Rahmenwerk unterstützen; und
- Bewertung von Sanktionen gegen Beamte, die von Aktivisten vorangetriebene Klimapolitik unterstützen, die amerikanische Verbraucher belasten würde, neben anderen in Betracht gezogenen Maßnahmen.

Die Vereinigten Staaten werden diese Maßnahmen gegen Länder ergreifen, die diesen von Europa angeführten neokolonialen Export globaler Klimaregulierungen unterstützen. Wir werden hart dafür kämpfen, unsere wirtschaftlichen Interessen zu schützen, indem wir Ländern, die das NZF unterstützen, Kosten auferlegen. Unsere Kollegen in der IMO sollten sich darauf gefasst machen.

H/T CFACT

Link: <https://wattsupwiththat.com/2025/10/15/taking-action-to-defend...>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE